

Waffen. Im ersten Punkt beschäftigt sich die Antwort mit der Zuerkennung der Kriegrechte. Die nationale Regierung, so heißt es, erachte es als ihr Recht, daß ihr die Kriegrechte zugehören würden. Nationalspanien werde daran gebunden, das Recht der Durchsuchung von Schiffen auszuüben, die die Pläne des Anschlusses führten, während Staaten, die dem Nichtteilnahmeauschuß angehörten, Nationalspanien auch keine Kriegrechte zuerkennen hätten, ebenso der nationalen Regierung das Recht freizig machen, die ihnen gehörenden Schiffe zu stoppen und zu durchsuchen. Die nationale Regierung Spaniens könne aber nicht, wie groß auch ihre Verantwortungsbereitschaft sei, der Zuerkennung von Kriegrechten in der vorgeschlagenen Form zustimmen. Sie fordere als Vorbedingung, daß dieses Recht im vollen Umfang zuerkannt und nicht Bedingungen unterworfen werde.

Praktische Vorschläge für eine wirksame Zurückziehung der Freiwilligen

Die Grundlage für die erwähnte proportionale Zurückziehung sei die Auszahlung der ausländischen Freiwilligen auf jeder Seite. Ohne dabei die Gefahr eines Irrtums zu laufen, könnte man aber jetzt bereits versichern, daß die mit dieser Aufgabe betrauten Kommissionen die Berechnungen nicht anstellen könnten, es sei denn, daß die beteiligten Parteien guten Willens seien. In der Begründung heißt es, daß die Art und Weise, in der die Freiwilligen für Nationalspanien rekrutiert worden seien, die Berechnungen der Kommissionen erschwere. Die spanische Partei habe zu der Rechtsform gegriffen, derartige Freiwillige als Spanier zu naturalisieren. In der Mehrzahl der Fälle seien die Freiwilligen auch in den verschiedenen Kampfeinheiten des feindlichen Heeres aufgestellt worden, statt eine geschlossene Einheit zu bilden. Ferner wird darauf hingewiesen, daß auf Seiten der Feinde alle Kennzeichen fehlen, nach denen man Ausländer identifizieren könne, weiter, daß sich die Freiwilligen während der Auszahlung unter die Zivilbevölkerung mischen können oder auf die großen Städte verteilt werden könnten und damit unsichtbar würden. Aus dem Vorhergehenden ergäbe sich, daß die Durchführungen des vorgeschlagenen Planes ungleiche Resultate bei den Parteien auslösen würde. Aus diesem und anderen angeführten Gründen regte die nationalspanische Regierung an, daß auf beiden Seiten die gleiche Zahl ausländischer Freiwilliger zurückgezogen werden sollte.

Die Verstärkung der Grenzkontrolle

Abschließend beschäftigt sich die Note mit dem Problem der Grenzkontrolle. Die Regierung General Francos sieht ihre Zustimmung zu sämtlichen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Errichtung und Verstärkung der Kontrolle an den spanischen Landesgrenzen. Die Beobachtung an der Grenze sollte verstärkt werden, um Verhöre zu verhindern, wie sie sich in der Vergangenheit trotz der abgeschlossenen Abkommen und der Beobachtung ereignet hätten.

Anderer liegt der Fall, soweit die Seebeobachtung in Frage kommt. Es liege genügend Material für deren Unzulänglichkeit vor, denn viele Schiffe hätten Konterbande in die feindlichen Häfen gebracht, obwohl sie Nichtteilnahmeausbeamtete an Bord gehabt hätten. Ständige Kommissionen in den Häfen aber würden in erniedrigter Form die Souveränitätsrechte Spaniens beeinträchtigen. Was die Luftüberwachung anlangt, so sei diese mit der militärischen Lage Spaniens unvereinbar und infolgedessen undurchführbar. Ebenso sei eine Luftüberwachung durch Flüge über das nationale Gebiet unannehmbar. Die nationale Regierung behalte sich das Recht vor, andere Bemerkungen im einzelnen noch zu formulieren.

Nationalspanien kämpfe in einem schon zwei Jahre währenden

herblichen und strengen Krieg für die Verteidigung der westlichen Zivilisation.

Nationalspanien nehme bereitwillig die Zurückziehung ausländischer Freiwilliger unter den obengenannten Bedingungen an. Diese würden die Zurückführung durchführbar machen und Zahl und Willen der ausländischen Agenten in Spanien auf ein Minimum reduzieren. Nationalspanien wiederhole feierlich bereits früher gegebene Versicherungen, daß es für die Größe und Unabhängigkeit Spaniens kämpfe, daß es nicht und niemals auch nur der geringsten Verpfändung spanischer Bodens oder spanischer Wirtschaft zustimme und daß Nationalspanien zu allen Zeiten und bis zum äußersten sein Gebiet, seine Protektorate und Kolonien verteidigen werde, falls irgend jemand einen Angriff wagen sollte.

Wo steht Negrin?

Wie aus Perpignan verlannt, sind der „Präsident“ des „Staatsrates“ von Sowjetspanien Corominas, der Gouverneur der Baie von Spanien Luis Nicolau d'Oliver und der Unterstaatssekretär im spanischen Außenministerium Curo zurückertritten. Der spanische „Ministerpräsident“ Negrin, der sich bekanntlich in der Schweiz aufhalten hat, ist noch nicht wieder nach Barcelona zurückgekehrt. Dagegen ist der „Unterstaatssekretär“ im spanischen Innenministerium, der ihn auf seiner Reise begleitete, auf dem Rückweg bereits wieder in Perpignan eingetroffen. Ueber den Verbleib Negrins befragt, verweigerte er jede Auskunft. Man vermutet, daß Negrin sich in geheimer Mission nach Paris oder London begeben hat.

Möge die Freundschaft erhalten bleiben

Der Chef des Generalstabes der französischen Luftwaffe, General Vuillemin, ist vom Flugplatz Staaten aus nach Paris zurückgekehrt. Vor dem Verlassen Berlins hat General Vuillemin dem Berliner Vertreter der „Offener Nationalzeitung“ folgende Erklärung abgegeben: „Ich habe es als eine große Ehre empfunden, von Reichsminister Wolf Dittler empfangen worden zu sein, und die in Berlin mit Marschall Göring verbrachte Zeit ist für mich eine unergiebige Erinnerung. Wir bewundern die Luftwaffe des Reiches und den hohen Wert ihrer Besatzungen. Wir wünschen, daß sich die Bande der Freundschaft, die durch General Milch bei seinem Besuch in Paris geknüpft und durch unseren Aufenthalt in Deutschland verstärkt worden sind, erhalten in einer Atmosphäre guter Nachbarschaft unserer beiden Völker.“

Danktelegramm an Göring

General Vuillemin hat von Bord seines Flugzeuges auf dem Rückfluge nach Frankreich folgendes Telegramm an den Generalfeldmarschall und Reichsflufführerminister Hermann Göring geschickt: „In dem Augenblick, in dem ich Deutschland verlasse, übermittle ich Ihnen die Gefühle höchster Kameradschaft, meine tiefe Bewunderung für Ihr Werk und meinen aufrichtigen Dank für Ihre herzliche Gastfreundschaft.“ Ferner hatte General Vuillemin an den General der Flieger Milch folgendes Telegramm geschickt: „Im Augenblick, in dem ich Deutschland verlasse, lege ich Wert darauf, Ihnen meinen tiefen Dank für Ihre herzliche Gastfreundschaft und meine Gefühle tiefster Sympathie zum Ausdruck zu bringen.“

27 Sonderpostämter — über 1200 Sonderzüge

Reichspost und Reichsbahn auf dem Reichsparteitag Reichspost und Reichsbahn sind gerüstet für die großen und schweren Aufgaben, die der Reichsparteitag in Nürnberg an sie stellt. Da der diesjährige Parteitag nach der Wiederangliederung Österreichs den bisherigen Rahmen sprengen wird, waren noch umfassendere Vorbereitungen notwendig als bisher.

Die Reichspost hat 27 Sonderpostämter eingerichtet gegen 30 im Vorjahr. Sie umfassen rund 100 Schalter, für deren Betrieb werden 225 Postbeamte eingesetzt. Zu ihrer Entlastung werden ferner 75 liegende Marktböden herangezogen. Zugeworben werden 600 Kräfte mehr eingesetzt. Die Reichspost übernimmt ferner mit 50 Kraftomnibussen die Beförderung der Ehrenäste des Führers und der Auslandsdeutschen. Sie stellt weiter ständig 50 Omnibusse für die Organisationsleitung bereit. Für den zunehmenden Ortsverkehr wurden 20 Kilometer neue Fernsprecheinrichtungen verlegt. Für das neue Reichstelefon mußte ein neues Nummernsystem mit 140 Ziffern erstellt werden. Das Fernmeldeamt des Reichspostamtes umfaßt 80 Kilometer Leitungen. Ein neues Fernsprechnetz mit 20 Sprechstellen wurde im SA-Lager Langwasser erforderlich, weiter waren drei neue Fernsprechnetze für die Lager der SA und der Politischen Leiter sowie für das Wehrmachtlager zu errichten. Für den Reichsaustausch Deutschland, der die Fernsprecherleitungen in Nürnberg durchführt, hat die Reichspost vorläufig rund 450 Kilometer Leitungen geschaffen. Der Rundfunk überträgt in diesem Jahre von 70 Mikrophonstellen aus.

Die Reichsbahn muß diesmal mehr als 1200 Sonderzüge einplanen. Von der Organisationsleitung wurden 497 Züge für die Hin- und Rückfahrt mit etwa 427 000 Teilnehmern angeordnet. Aus Österreich kommen davon 87 Sonderzüge mit über 80 000 Teilnehmern. Einschließlich der Wehrmachtzüge werden insgesamt voraussichtlich 1974 Sonderzüge in Frage kommen, 31 mehr als im Vorjahr. Hinzu kommen noch fast 200 Sonderzüge für den VDM in Bamberg, die Auslandsorganisationen in Erlangen, als Entlastungszüge und im Pendelverkehr. Der Anmarsch der Sonderzüge erstreckt sich auf rund 10 Tage. Anfolge des wirtschaftlichen Aufschwungs ist Platz für Vereine nicht mehr im früheren Maße vorhanden. Zeit mehr Züge müssen außerhalb des Nürnberg Bezirks abgestellt werden, wobei bis zu 330 Kilometer Entfernung von Nürnberg auszugehen werden muß.

Aus unserer Heimat.

- Wilsdruff, am 22. August 1934.
Spruch des Tages
Du wachst oder ruhest,
Denke stets, daß du die Welt nicht lebst,
Was du lebst oder ruhest,
Du vergiß, daß du ein Beispiel gebest.
Küderl.
- Jubiläen und Gedenktage
23. August.
1572 (in der Nacht zum 24.) Bartholomäusnacht, Pariser Blutbadzeit, Niedermetzelung von 3000 Hugenotten in Paris, gegen 30 000 in ganz Frankreich.
1813 Schlacht bei Großbeeren.
1831 Feldmarschall Graf Reibitz v. Gneisenau in Bosen gest.
1869 Friede zu Prag zwischen Österreich und Preußen.
1914 (bis 31.) Schlacht bei Tannenberg.
1914 Kriegserklärung Japans an das Deutsche Reich.

Sonig stammt nicht nur von Blüte.

Im Monat August, der die letzte große Blumen- und Blütenpracht bringt, ist für den Jäger der Beginn des neuen Jahres. Der Jäger muß jetzt daran denken, für das kommende Frühjahr die nötigen Reserven zur Hand zu haben für den Fall, daß bei dem einen oder anderen seiner Vögel im Winter die Königin eingibt. Weiter muß der Jäger jetzt daran denken, die erforderliche Anzahl Jungvögel zu halten, die im nächsten Frühjahr die junge Brut versorgen und die zugleich die Trachtvögel mit der Trachtzeit darstellen. Gemeinhin nimmt man an, daß die Vögel nur aus den Blütenkelchen ihren Nektar saugen, um ihn dann als Wachs und Honig im Nektarfort oder Stock abzulagern und aus dem fälligen Nektar auf unser Frühlingsbrot zu bereiten. Wer aber, in den deutschen Mittelgebirgen besonders, die Vögel aufmerksam beobachtet, der sieht, daß sie auch von den Blättern der Laubbäume, ja sogar von den Nadeln der Nadelbäume den Nektar einsaugen. Angeblich sollen die Blätter und Nadeln selbst diesen „Sonigtan“ ausschütten. — Das stimmt aber nicht! Der „Sonigtan“ stammt nicht aus dem Baum, sondern von Kleintieren, die auf diesen Bäumen leben, von Rindläusen, Kleinfäulen und Nadelnadelkäfern.

Manche Ameisenarten beherbergen Wirtsläuse als „Milchläse“ in ihren Bauten, um die süßen Ausscheidungen dieser Läuse als Nahrung zu benutzen. Als Labetrunk zu genießen, rechtlich machen es dort die Vögel, nur kümmern sie sich nicht um das Wohlergehen ihrer Nektarpendler. Diese Läuse saugen Pflanzenmilch an, um sich davon zu ernähren, und scheiden dann, sozusagen als Abfallprodukt, zuckerhaltige Stoffe aus, die wieder von den Vögel außerordentlich hochgeschätzt werden. Dem Jäger ist es daher nur recht, wenn sich diese Wirtsläuse, die übrigens sonst für die Pflanzen, aus denen sie leben weder nützlich noch schädlich sind, stark vermehren. Man spricht dann von einer „Zannentracht“ oder „Waldtracht“. Am Schwarzwalde haben diese Wirtsläuse geradezu eine Bedeutung für den Erfolg der Vögelzucht gewonnen und man möchte, wenn möglich, die Zahl dieser Läuse künstlich vermehren. Jedemfalls aber will der Jäger wissen, wann er mit einem Massenauftreten der Läuse, wie es alle vier bis sechs Jahre eintritt, rechnen darf, und es wird daran gearbeitet, dieses Geschenk der Natur möglichst rechtzeitig vorauszusagen zu können.

Keine Einkommensteuerverhöhung

Steuerzeitung zu unsinnigen Gerüchten Die vom Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Reichardt herausgegebene „Deutsche Steuer-Zeitung“ vom 20. August Nr. 34 nimmt Stellung zu den Gerüchten über Steuererhöhungen und warnt davor, das Volk durch unsinnige Gerüchtemachelei zu beunruhigen.

In den Ausführungen heißt es: Durch Gesetz vom 25. Juli 1933 ist die Körperschaftsteuer erhöht worden. Die Erhöhung stellt eine gewisse Angleichung an den Tarif der Einkommensteuer dar. Dieser reicht für verheiratete natürliche Personen bis zu 40 v. H. und für unverheiratete natürliche Personen bis zu 50 v. H. des Einkommens. Die Körperschaftsteuer dagegen betrug bisher nur 30 v. H. Daraus ergab sich für die Kapitalgesellschaften mit großen Gewinnen ein Vorteil. Dieser bestand darin, daß der nicht zur Ausschüttung gekommene Gewinn zunächst nur mit 30 v. H. Körperschaftsteuer erfaßt wurde, bei Personengesellschaften und Einzelunternehmern jedoch der Gewinn ohne Rücksicht auf seine Verwendung mit bis zu 40 oder 50 v. H. Einkommensteuer erfaßt wird. Der steuerliche Vorteil der Kapitalgesellschaften gegenüber den Personengesellschaften und Einzelunternehmern wurde um so größer, je härter die Konjunktur ausleg und infolgedessen auch die Gewinne größer wurden. Es wurde bereits durch manche Personengesellschaft die Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft erwogen. Eine solche Umwandlung würde jedoch nicht mit den Grundsätzen nationalsozialistischer Wirtschaftsauffassung in Einklang zu bringen sein. Es war deshalb höchste Zeit, daß durch Erhöhung der Körperschaftsteuer die steuerliche Gleichmäßigkeit hergestellt wurde.

Die Erhöhung der Körperschaftsteuer ist auf die Jahre 1933 bis 1940 beschränkt worden, weil insbesondere in diesen Jahren die Gewinne der großen Kapitalgesellschaften noch weiterhin bedeutend ansteigen werden. Die Ausschüttung der Körperschaftsteuer ist in Jahren sehr bedeutenden Wirtschaftsaufschwunges auch insofern geboten, als dieser Wirtschaftsaufschwung im wesentlichen auf außerordentliche Ausgaben des Reiches zurückzuführen ist und das Reich darauf bedacht sein muß, den größtmöglichen Teil seines Finanzbedarfs aus Steuereinnahmen zu decken.

Es haben sich verschiedene Nachschriften betrogen gefühlt. Erwägungen über die Erhöhung auch der Einkommensteuer anzustellen. Auch Tageszeitungen haben geglaubt, eine Erhöhung der Einkommensteuer vermuten und ihre Vermutungen zu Papier bringen zu müssen. Schließlich ist es auch an der Börse zu Gerüchten über weitere Steuererhöhungen gekommen.

Dazu ist in aller Evidenz zu sagen: Die Erhöhung der Einkommensteuer wird im Reichsfinanzministerium weder erwogen noch für erforderlich gehalten. Alle Erwägungen und Vermutungen über Steuererhöhungen müssen unterbleiben. Das deutsche Volk muß vor unsinnigen Gerüchten bewahrt werden.

Ein Regensamstag, wir wie ihn lange nicht hatten. Der Regen, der am Sonnabend wieder einsetzte, hielt auch den Sonntag über noch an. Es und zu trauen Pausen ein, aber am Nachmittag ging es von neuem los. Was das Ziel des Gutes. Kartoffeln und Hülsen konnten ja eine wichtige Menge Feuchtigkeit gebrauchen; denn der Boden war fast angetrocknet. Aber es steht auch hier und da noch Hafer auf dem Felde, der aufs neue der Sonne bedarf, um nun endlich eingetragener werden zu können. Heute hat sich das Wetter gebessert, hoffentlich hält die Besserung an.

Ausflugsfahrt. Zur Vermeidung von Zweifeln wird seitens der Stadtverwaltung darauf hingewiesen, daß die beabsichtigte Siedlung an der Reibner Straße im Herbst begonnen wird und die Siedlungen voraussichtlich im nächsten Jahre besetzbar sind.

„Mein Aug und Hand...“ Die Kameraderkammeradschaft Wilsdruff hielt gestern nachmittags das Wehrkampfschießen um den 1. und 2. Wanderehrenpreis ab. Der 1. Wanderehrenpreis, der von Kamerad Rudolf A. O. verteidigt wurde, konnte von diesem erneut errungen werden, und auch der 2. Wanderehrenpreis blieb in den Händen des letzten Vessers, des Kameraden Herbert Schirmer. Kleinere Einzelschüsse hielten die Kameraden noch längere Zeit beisammen.

Die Unterkreismeiesterschaft der Schützenvereine und Sportvereine des Unterkreises Weichen-Weinböhlen wurde gestern vormittags in Weichen ausgeschrieben. In dem Schießen nahmen die besten Schützen teil, die die Vereinsvereine bestritten hatten. Von der Wilsdruffer Schützenvereine waren fünf Kameraden. Geschossen wurden je 15 Schuss liegend, stehend und stehend freihändig. In dem Ausscheidungskampf der Unterkreismeiesterschaft erfocht sich Kamerad Rudolf A. O. den 1. Preis, der auch die Meisterschaft der Weichen-Weinböhlen Wilsdruff inne hat, mit 150 Ringen die Teilnahme zur Kreismeisterschaft, die demnächst in Dresden ausgetragen wird.

Der Landesverbandstag der Grund- und Hausbesitzer findet kommenden Sonntag vormittags 10 Uhr im Circus Sarrasani in Dresden statt. Der Leiter des hiesigen Grund- und Hausbesitzervereins fordert im Anzeigenteil dieser Nummer seine Mitglieder auf, recht zahlreich an der Tagung teilzunehmen, zu der man gemeinsam mit der Eisenbahn, ab Wilsdruff Bahnhof 8.01 Uhr, fährt. Eintrittskarten für die Rundgebung und den Besuch der Ausstellung sind durch Vereinsleiter Horn kostenlos zu erhalten, solche zum Besuch der Festvorstellung „Die Fledermaus“ in der Saattoyer am Sonnabend 19 Uhr zu verbilligten Preisen. Die Teilnehmer haben sich bis Mittwoch beim Vereinsleiter zu melden.

„Tag der deutschen Hausmusik“ vergnügungssteuerfrei. Im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichspropagandaminister hat der Reichsinnenminister die Veranstaltung der Reichsmusikammer (Arbeitsgemeinschaft für Hausmusik) und ihrer Untergliederungen am 15. November stattfindenden „Tages der deutschen Hausmusik“ im Interesse der Kunstpflege als gemeinnützig im Sinne der Vergnügungssteuer anerkannt, soweit bei diesen Veranstaltungen Eintrittsgelder lediglich in der zur Deckung der Unkosten erforderlichen Höhe erhoben werden. Die Anerkennung als steuerfrei gilt nur für den Tag der deutschen Hausmusik 1933 und nicht für Veranstaltungen anderer Art oder solche, bei denen geraucht oder getrunken wird oder gleichzeitig Getränke oder Speisen gegen Entgelt verabfolgt werden.